

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 02.12.2008
Sitzung Nummer:	26 (WLTA/26)
Sitzungsdauer:	17:00 - 20:00 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Norbert Tanne
Vorsitzende/r

Hannelore Badge
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Norbert Tanne

Mitglieder

Herr Eberhard Andert
Herr Arno Felser
Herr Klaus-Peter Noeske
Herr Eduard Stapel

sachkundige Einwohner

Herr Alfons Ewert
Herr Christian Isensee
Herr Heinz Riemann
Herr Heinz-Jürgen Twartz

Protokollführer

Frau Hannelore Badge

von der Verwaltung

Frau Elisabeth Glöß
Frau Marietta Linzner
Herr Dirk Michaelis
Herr Thomas Müller
Frau Brunhilde Schröder
Frau Simone Tandack
Frau Annemarie Theil
Herr Riccardo Ulbrich
Herr Carsten Wulfänger

Gäste

Herr Marco Hertzfeld
Herr Rieß

Altmark-Zeitung
Volksstimme

Abwesend:

Mitglieder

Herr Fritz Düsedau
Herr Hans-Joachim Seeger

sachkundige Einwohner

Frau Monika Lagemann

Frau Elke Nicolai

Tagesordnung:

1. Teil: Gemeinsame Beratung mit dem Bau- und Verkehrsausschuss

- 1 Begrüßung und Eröffnung der gemeinsamen Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Nahverkehrsplan - Wettbewerbsverfahren - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 462
- 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen - Anhalt 2010
Vorlage: 434
- 5 Information zum Stand des Radwegebestandes, der Radwegeplanung und der Unterhaltung im
Landkreis Stendal

2. Teil: Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

- 6 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 25. Sitzung vom 28.10.2008
- 7 Pflichtenbelehrung sachkundige Einwohner gemäß § 32 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt
- 8 Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2009
- 9 Anfragen und Hinweise

Protokoll

1. Teil: Gemeinsame Beratung mit dem Bau- und Verkehrsausschuss

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der gemeinsamen Sitzung

Herr Tanne, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus, eröffnet und leitet die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse und begrüßt die Mitglieder der Ausschüsse, die sachkundigen Einwohner, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Presse.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu TOP 3 Nahverkehrsplan - Wettbewerbsverfahren - Mitteilungsvorlage - Vorlage: 462

Herr Wulfänger gibt kurze Einführungen zur Vorlage: In der gemeinsamen Sitzung am 09.09.08 wurde bereits über den Nahverkehrsplan 2009 - 2014 gesprochen. Die Anhörung Träger öffentlicher Belange geht bis Anfang Dezember. Im Mai 2009 soll der Nahverkehrsplan beschlossen werden.

Zieltermin für die Neuvergabe aller Konzessionen ist der 1. November 2010.

Herr Wulfänger bittet um Anregungen und Hinweise. In den nächsten Sitzungen soll über den Nahverkehrsplan weiter berichtet werden.

Heute geht es um das Wettbewerbsverfahren für die Neuvergabe der Konzessionen.

Welche Varianten der Vergabe es gibt, trägt Herr Ulbrich vor. (siehe Anlage 1)

Herr Ulbrich erläutert, dass alle straßengebundenen Liniengenehmigungen bis 2010 neu vergeben werden müssen.

4 Möglichkeiten gibt es, wovon 2 Möglichkeiten ausscheiden, so dass nur noch 2 Varianten übrig bleiben:

- Ausschreibung nach VOL/A
- Genehmigungswettbewerb: Modell Sachsen- Anhalt

Beispiele für das Modell Sachsen-Anhalt gibt es in Wittenberg, Anhalt-Bitterfeld und Salzlandkreis.

Dieses Modell ist planbar auf 8 Jahre. Risiko und Erlösausfälle trägt das Unternehmen. Das Modell wird vom MLV (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr) unterstützt.

Herr Tanne: Die Verwaltung hat gute Vorarbeit geleistet. Können wir mit dem Modell SA. Personal einsparen?

Herr Ulbrich: Die Arbeit in der Verwaltung bleibt.

Herr Wulfänger: Für die Ausschreibung nach VOL muss der Busfahrplan vom Landkreis aufgestellt werden. Es wird zusätzlich Personal und Software benötigt.

Herr Stern: Günstig ist, dass das wirtschaftliche Risiko beim Unternehmen liegt beim Modell SA. Eine europaweite Ausschreibung wird teurer.

Herr Ulbrich: In beiden Fällen erfolgt eine europaweite Ausschreibung.

Herr Mechlinski stellt die Frage, was aus der Staffelung der Schulanfangszeiten geworden ist.

Frau Theil teilt mit, dass noch kein Ergebnis vorliegt. Es gibt Bedenken seitens der Schulen und Gemeinden, so wie Herr Berlin in der Sitzung am 09.09.08 bemerkte.

Es ist noch nicht für alle Schulen klar. Flächendeckend wird man das nicht hinbekommen.

Herr Twartz fragt nach dem Finanzbudget.

Herr Ewert geht ebenfalls auf das Finanzbudget ein. Er stellt die Frage, wie soll das funktionieren bei den Energiepreisentwicklungen und Schülerzahlentwicklungen über so einen langen Zeitraum? Was ist der Ausgangspunkt der Budgetierung?

Frau Schröder entgegnet: Sollten innerhalb des Genehmigungszeitraumes Änderungen eintreten, die einen ÖPNV innerhalb des festgesetzten Finanzrahmens nicht mehr möglich machen, kann der Landkreis den Finanzierungsrahmen ändern. Dies ist aber die letzte Möglichkeit, die in Anspruch genommen wird. Vorher soll über Maßnahmen wie Tarifanpassung und Angebotsanpassung die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV erhöht werden.

Wittenberg praktiziert dieses Modell seit 3 Jahren. Bisher musste der Finanzierungsrahmen noch nicht geändert werden.

Herr Riemann: Der Landkreis Stendal hat die größte Fläche und geringste Einwohnerdichte. Es geht darum, dass entfernte Orte mit wenigen Einwohnern angefahren werden sollen. Junge Leute fehlen. Es soll aber ein ÖPNV gestaltet werden, der billig sein soll. Der Kostenfaktor ist vertretbar zu gestalten, aber mindestens einmal pro Woche sollten die entfernten Orte angefahren werden.

Er ist der Meinung, dass man in Zukunft viel Geld investieren muss, wenn das nicht beachtet wird.

Herr Wulfänger: Ziel des Nahverkehrsplanes ist, dass alle Orte angefahren werden. Das Angebot soll nicht schlechter werden als bisher.

Im Mai 2009 wird durch den Kreistag entschieden, wie der Nahverkehr vergeben werden soll; als VOL oder Modell SA.

Herr Felser: Der Landkreis sollte sich vorbehalten, in das operative Geschäft einzuwirken. Entfernte Orte sollen nicht vom Busnetz abgehängt werden - siehe Modell Salzwedel. In Salzwedel werden im 2 Stundentakt Orte nach Bedarf angefahren.

Das Unternehmen trägt das wirtschaftliche Risiko.

2006 wurde der Fahrpreis erhöht, um Geld nachzuschießen. Die Frage ist, ob man das vom Aufgabenträger erpressen kann. Der Landkreis sollte Ausschau halten, ob es noch andere Omnibusunternehmen gäbe. Gespräche mit anderen Großanbietern sollten geführt werden.

Herr Tanne: Die Verwaltung wird sich bis zur nächsten Sitzung mit Salzwedel abstimmen. Was sich gut bewährt hat, sollte übernommen werden.

Herr Wulfänger: Bei europaweiten Ausschreibungen dürfen vorher keine Verhandlungen geführt werden. Alle Unternehmen können sich beteiligen. Es wird eine Gebietseinteilung geben. 3 oder 4 Gebiete (Bündel) sollen vergeben werden.

Herr Ulbrich: Die Detailplanung wird beim Landkreis liegen. Erlösausfälle erfolgen zu Lasten des Unternehmens. Das Unternehmen ist in die Pflicht zu nehmen, Fahrgäste in die Busse zu bekommen. Der Verlust der Erlöse oder große Mehraufwendungen für das Verkehrsunternehmen, die durch gravierende Änderungen, wie z. B. die Neuordnung von Schulstandorten entstehen, sind auszugleichen.

Bevor man das Modell des Altmarkkreises Salzwedel kopiert, sollte dieses Modell in Salzwedel erst einmal zwei Jahre im Praxistest laufen.

Herr Tanne schließt den Tagesordnungspunkt ab und wünscht, dass die Unternehmen des Landkreises Stendal im Wettbewerb gewinnen, um die rund 200 Arbeitsplätze im Gesamtpaket des ÖPNV zu erhalten. Er bietet an, eine Arbeitsgruppe diesbezüglich mit berufenen Bürgern und interessierten Beratern zu bilden.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen - Anhalt 2010 Vorlage: 434

Herr Tanne weist darauf hin, dass es eine Austauschvorlage gibt.

Frau Theil macht kurze Ausführungen dazu: Der Zeitplan für die Verwaltung ist sehr straff. Die Stellungnahme zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes soll am 31.12.2008 vorliegen. Vorschläge sollen in den Fraktionen bis nächste Woche unterbreitet werden.

Die Stellungnahme sollte elektronisch übergeben werden.

Das Wesentlichste sind: - zentralörtliche Gliederung
- demographischer Wandel.

Der Landkreis ist als Region mit besonderen Entwicklungsaufgaben benannt worden.

Grundzentren werden im regionalen Entwicklungsplan festgelegt.

Herr Michaelis bestätigt, dass die Austauschvorlage mit den Gliederungspunkten des 1. Entwurfs des Landesentwicklungsplanes übereinstimmt.

1999 wurde der letzte Landesentwicklungsplan beschlossen.

Es gibt tief greifende Veränderungen wie Globalisierung und Bevölkerungsrückgang, die eine Überarbeitung erfordern.

Der Zeitplan ist tatsächlich straff. Am 22. Juli 2008 wurde der 1. Entwurf im Kabinett beschlossen. Ende August kam er zur Anhörung, die bis 31.12.2008 dauert. Im I. Quartal 2009 erfolgt die Abwägung, im Sommer 2009 soll dann der zweite Entwurf in die Anhörung kommen.

Anfang Oktober 2008 fand dazu ein Workshop statt.

Aussage des Staatssekretärs: „Es ist ein Plan für den ländlichen Raum.“

Gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen sollen in allen Landesteilen erhalten bleiben. Differenzierte Strategien für den ländlichen Raum sind notwendig zur Erreichung dieser Ziele. 4 Kategorien des ländlichen Raumes gibt es. Der Landkreis wurde zu den Räumen mit besonderen Entwicklungsaufgaben zugeordnet. Diese Einstufung resultiert aus der Einschätzung der Bundesraumordnung, die den Landkreis als eine Region mit Stabilisierungsbedarf ausweist.

Ausschlaggebend für diese Ausweisung war die Überlagerung von:

- demografischer Wandel
- hohe Abwanderung
- hohe Arbeitslosigkeit
- unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft

Eine Abkopplung der peripheren strukturschwachen Regionen wird sowohl seitens der Bundes- als auch der Landesregierung nicht zugelassen.

Das Land hat Kriterien vorgegeben:

- Arbeitslosenquote 2005 über Landesdurchschnitt
- BIP je EW 2005 unter dem Landesdurchschnitt
- Bevölkerungsrückgang 1990/2007 über dem Landesdurchschnitt

Aus der Stellungnahme geht hervor, dass der Landkreis diese Kriterien erfüllt und künftig sogar hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung weiter vom Landesdurchschnitt abweicht.

Die Bundesregierung will den ländlichen Raum weiter entwickeln.

Die Absicherung der Daseinsvorsorge in den dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen stellt hohe Anforderungen an die Planungsverantwortlichen.

Die Zentralen Orte sind die Stützpfeiler für die Daseinsvorsorge und sollen gezielt entwickelt werden (Prinzip der dezentralen Konzentration). Die Funktionen sind in diesen Orten zu bündeln. Für dünn besiedelte Regionen formuliert der LEP jedoch Ausnahmen.

Das Kriterium der Erreichbarkeit war ausschlaggebend für die Beibehaltung der Teilfunktion eines Oberzentrums bei der Stadt Stendal und für die Teilfunktion eines Mittelzentrums bei der Stadt Havelberg.

Osterburg hat die Teilfunktion Mittelzentrum verloren und hat jetzt „eine besondere Bedeutung für die Versorgung im ländlichen Raum.“ Der Landkreis schlägt vor, auch Tangermünde und Tangerhütte als Zentren mit dieser Funktion zu versehen.

Herr Michaelis geht auf die Wirtschaft ein: Wirtschaftszentren sollen an zentralen Orten entwickelt werden. Es existieren aber auch landesbedeutsame Standorte außerhalb von zentralen Orten – Arneburg –, die der LEP fest schreibt.

Das Wirtschaftsministerium hat in der Vergangenheit immer wieder auf den Mangel großflächiger Industriegebietausweisungen in LSA hingewiesen.

Im Zuge der Ansiedlungsoffensive A 14 schlägt der LK die Aufnahme von drei Standorten vor, die im Moment diskutiert werden:

- Uenglingen
- Buchholz
- Seehausen, (speziell Biomasse).

Herr Tanne bedankt sich für die Ausführungen und fragt nach Anmerkungen und Ergänzungen.

Herr Stapel geht auf die Wüstungen ein. Hier sieht er Probleme. Gleiche Lebensverhältnisse sollen gesichert werden. Man macht sich was vor. Die Bevölkerungsentwicklung ist negativ und diese Entwicklung ist schon lange bekannt; es gibt Heimkehrerpakete usw.

Das Stichwort Zuwanderung fehlt.

Das ist nicht aus eigener Kraft zu schaffen.

Zur Wirtschaft: Wo die Autobahn gebaut wird, brummt die Wirtschaft, das bestreitet Herr Stapel. Was die Altmark kann, steht nicht drin, z. B. Ausbau regenerativer Energien.

Noch mehr Gewerbe- und Industrieflächen an der Autobahn hält er nicht für richtig. Es sind schon genügend freie Gewerbeflächen vorhanden (beleuchtete Äcker).

Was bedeuten verbesserte Infrastrukturmaßnahmen, wenn in Zukunft weniger Leute mehr Straßenkilometer bezahlen sollen. Der Landkreis ist dann zuständig.

Herr Michaelis geht auf die bundesweite Diskussion zu den gleichwertigen Lebensverhältnisse ein. Gleichwertig heißt nicht gleichartig, so wird argumentiert. Die Marktwirtschaft ist nun einmal von ständigen Konzentrationsprozessen geprägt, die sich in der Raumentwicklung spiegeln. Betrachtet man im Raumordnungsbericht 2005

eine Prognosekarte zur weiteren Entwicklung Deutschlands, sieht man auch künftig in den alten Bundesländern blaue Flächen, also Schrumpfreionen und nur noch Wachstumsinseln, wo die Wirtschaft brummt (Raum München, Stuttgart, Köln oder auch Hamburg).

Er geht auf die A 14 ein, als Autobahn für ein zusammenwachsendes Europa. (Verbindung Adria-Region mit Ostseeraum).

Zum Stichwort Zuwanderung: Alle industriellen Länder befinden sich im Prozess des Bevölkerungsrückgangs. Ostdeutschland ist in Europa Vorreiter.

Die deutliche Mehrheit aller europäischen Staaten hat mit Bevölkerungsrückgängen zu tun. Überall macht sich der demografische Wandel bemerkbar. Selbst Stuttgart, Hamburg suchen Fachkräfte.

Von wo soll die Zuwanderung denn herkommen?

Dem Argument der steigenden Kostenbelastung, bedingt durch extensive Siedlungsentwicklung, die bei Bevölkerungsrückgang zu höheren Kosten für den Bürger und den Staat führen, ist voll zu zustimmen.

Frau Paschke meldet sich zu Wort : Die Fraktion wird vorschlagen, in der Region Altmark ein Oberzentrum einzurichten.

Es gibt 5 Planungsregionen. Wir haben kein Oberzentrum.

Die Stadt Stendal soll als Oberzentrum entwickelt werden.

Die Bedeutsamkeit der Region würde damit mehr herausgehoben.

Herr Riemann sagt, dass sich unter dem Aspekt der weltweiten Finanzkrise andere Denkweisen auf tun werden. Die Region Altmark ist von der Landwirtschaft geprägt.

Durch die Umsetzung Brüsseler Vorschriften kommt es in der Region zur Vernässung. Die Vernässung des Landes soll künftig noch mehr erfolgen. Hier werden jahrhundertlange Bemühungen zunichte gemacht. Es geht um die Milde, Biese, Aland.

Die Niederschlagsmengen sind nicht mehr abgeflossen. 15 jährige Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Vorfluter macht sich bemerkbar.

Wenn die Brüsseler Maßnahmen greifen, geht ein Teil des Bodens zunichte.

Die Banken beleihen Boden nur mit geringen Mitteln.

Herr Riemann fordert den Landkreis auf, sich stark zu machen, dass die Brüsseler Maßnahmen nicht so umgesetzt werden.

Frau Theil sagt, dass es um die Ausweisung des Naturschutzgebietes Elbe – Aland geht.

Der Landkreis bringt sich ein, dass es in die richtige Richtung geht. Der Vernässung ist entgegenzuwirken. Der Status quo soll erhalten bleiben. Trotzdem sind die EU-Rahmenrichtlinien umzusetzen. Dafür ist zur Zeit ein Pilotprojekt in Bearbeitung.

Der Beräumung ist man nicht so nachgekommen, wie es hätte sein sollen.

Dem Land gegenüber wurde die Position des Landkreises klargemacht.

Herr Michaelis betont, dass die Altmark klassisches Landwirtschaftsgebiet ist und der LEP diesen Sachverhalt auch berücksichtigt. Das Kapitel 4.2.1. widmet sich der Landwirtschaft und weist Teile der Altmark einschließlich des Schollener Landes als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft aus.

Herr Tanne fordert, dass es diesbezüglich vor dem Kreistag Informationen geben soll.

Herr Stapel ist der Meinung, dass man Vorschläge zur Stellungnahme sammeln sollte, Korrekturen und Veränderungen vornehmen und dann im Kreistag abstimmen. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Abstimmung verfrüht.

Frau Theil bestätigt, dass bis zum Kreistag noch Überarbeitungen möglich sind.

Der Landkreis wartet auf Vorschläge bis zum 11.12.2008 - bis zur nächsten Kreisausschusssitzung.

Herr Tanne schlägt vor, über die Vorlage abzustimmen, weitere Vorschläge sind in der Kreistagsvorlage mit einzubringen.

So sollte die Vorlage dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen werden.

Frau Paschke ist der Meinung wie Herr Stapel, dass das nicht möglich ist. In der Fraktion werde man sich noch umfassend mit der Beschlussvorlage auseinander setzen.
Ihre Fraktion würde sich jetzt bei der Abstimmung enthalten.

Herr Tanne sagt darauf, dass eine Beschlussfassung erwartet wird.
Er möchte auch gleich folgenden Antrag einbringen: Im Zuge der Bildung von Verbandsgemeinden ist abzusichern, dass in deren Bereich auch ein Grundzentrum auszuweisen ist.

Herr Michaelis verweist auf den Regelungsgegenstand des Landesentwicklungsplanes, der Ober- und Mittelzentren ausweist. Die Festlegung der Grundzentren erfolgt im nächsten Schritt – in der sich anschließenden Überarbeitung des Regionalen Entwicklungsplanes durch die Regionale Planungsgemeinschaft, also durch die Region selbst.

Herr Tanne bittet um Abstimmung.

Es wird wie folgt abgestimmt:

Bau- und Verkehrsausschuss:	3 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft u. Tourismus	3 Ja-Stimmen 1 Enthaltung 1 Gegenstimme

mehrheitlich zugestimmt

Ja 3 Nein 1 Enthaltung 1

zu TOP 5 Information zum Stand des Radwegebestandes, der Radwegeplanung und der Unterhaltung im Landkreis Stendal

Frau Tandeck hält einen umfangreichen Vortrag zur Radwegeplanung (siehe Anlage 2).

Folgende Diskussionen ergeben sich:

Herr Stapel stellt 2 Fragen:

1. 1,6 Mio. € werden durch Touristen jährlich erwirtschaftet in der Region. Wie viel wurde investiert, um dies zu erzielen?
2. Wie viele regionale Radwege gibt es und, wie viele sind noch nötig? Ist es noch notwendig, weitere Radwege auszubauen, wenn man bedenkt, dass die Bevölkerung in Zukunft hier überaltert ist?

Herr Müller antwortet: 4 Mio. € wurden für straßenbegleitende Radwege, 7,5 Mio. DM von 1992/1995 für den Altmarkrundkurs ausgegeben. Verwaltungsgemeinschaften haben ebenfalls Radwege gebaut.
Man kann das nicht so gegenrechnen. Es gibt keine Kosten-Nutzen-Analyse, die zu dem Thema vom Landkreis Stendal aufgestellt wurde.
Es wird vorgeschlagen, den Ausschussmitgliedern ein aufgearbeitetes Material zur Verfügung zu stellen. (Herrn Stapel wurde am Ende der Veranstaltung von Frau Tandeck über Herrn Tanne die aktuelle Studie zum Radtourismus im Land Sachsen-Anhalt übergeben. Des Weiteren wurde auf Studien des Tourismusverbandes Altmark verwiesen.)

Herr Tanne ist der Meinung, man sollte keine Schotterwege mehr bauen. Der Unterhaltungsaufwand wäre zu groß. Es gibt Wirtschaftswege für die Landwirtschaft, die als Radwege genutzt werden.

Herr Wulfänger ist ebenfalls der Meinung, dass eine Kosten-Nutzen-Analyse nicht möglich ist. Bevor Radwege gebaut werden, wird eine Zählung gemacht. Es wird die Nutzung ermittelt (Arzt, Schule, Einkaufsmöglichkeit etc.). Ab einem bestimmten Schwellenwert erfolgt der Bau des Radweges (Empfehlungen für den Bau und die Unterhaltung von straßenbegleitenden Radverkehrsanlagen in Sachsen-Anhalt - herausgegeben vom Ministerium werden herangezogen). Bei Wirtschaftswegen ist die überregionale Mitbenutzung durch das Radwegenetz günstiger für die Förderung. Die Mehrfachnutzung muss nachgewiesen werden.

Um 19.15 Uhr endet die gemeinsame Sitzung.

2. Teil: Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

zu TOP 6 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 25. Sitzung vom 28.10.2008

Herr Stapel bittet um folgende Ergänzung zum TOP 5 zur Lehrstellenproblematik:

Herr Stapel stellt verwundert die Frage nach dem Widerspruch zwischen der – wie in der Untersuchung festgestellt – großen Ausbildungsbereitschaft der altmärkischen Unternehmen und der immer wieder zu vernehmenden Klage von Eltern und Auszubildenden, in der Altmark gäbe es kaum Ausbildungsplätze. Hier gibt es möglicherweise eine große Differenz zwischen der geantworteten Ausbildungsbereitschaft und den tatsächlich zur Verfügung gestellten Plätzen (möglicher Fehler der Untersuchung) oder ein Kenntnisdefizit bei den Jugendlichen oder andere Gründe, die man herausbekommen sollte.

Hieran schloss sich dann die Diskussion über die schlechte Schulbildung oder über den mangelhaften Einsatz der Auszubildenden (Herr Seeger), über die mangelnde Motivation der Jugendlichen (Herr Düsedau) und darüber, dass viele Jugendliche die Altmark verlassen, weil sie über die Breite des Angebots der altmärkischen Betriebe hinaus eben doch andere Berufe erlernen wollen (Herr Wulfänger).

Mit dieser Ergänzung ist die Niederschrift bestätigt.

zu TOP 7 Pflichtenbelehrung sachkundige Einwohner gemäß § 32 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt

Herr Tanne nimmt die Pflichtenbelehrung mit Herrn Twartz vor. Herr Twartz übergibt die unterschriebene Pflichtenbelehrung an den Schriftführer.

zu TOP 8 Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2009

Herr Wulfänger erläutert ausführlich den Teil Wirtschaftsförderung des Haushaltsplanentwurfes des Landkreises Stendal 2009. Insgesamt wird der Landkreis ein Defizit von 3,1 Mio. € haben, nach Konsolidierung 2,1 Mio. € durch Absenkung der Kosten der Unterkunft.

Bis 2016 kann der Haushalt ausgeglichen sein.

Der Landkreis lebt in einer Konsolidierung.

Herr Wulfänger geht auf die einzelnen Haushaltsansätze und Korrekturen ein.

Einnahmen:

Zuweisung Land Komm.Kombi PK	269.200 €	neu	197.800 €
„ Sachkosten	40.300 €	neu	34.000 €
Eigenanteil Landkreis Komm.Kombi	85.600 €	neu	63.000 €

70 € je Apl. werden vom Landkreis zu den Maßnahmen dazugegeben, Kosten der Unterkunft werden dadurch gespart.

50 € je Apl. können noch dazugegeben werden unter der Maßgabe der Tarifeinhaltung.

Ausgaben:

Weitergabe der Mittel PK	269.200 €	neu	197.800 €
„ Sachkosten	125.900 €	neu	97.000 €

Zuschuss Studie A 14 5.000 €neu 0 €
Projektförderung 30.000 €neu 35.000 €

Von den geplanten Kommunal Kombi Stellen in Höhe von 75 Apl. sind bisher 65 besetzt.

Im nächsten Jahr sollen 102 Stellen besetzt werden.

Herr Wulfänger geht auf die anderen Haushaltsansätze ein:

- Fremdenverkehrsverein Mitgliedsbeitrag
- Tierschau ist alle 2 Jahre, deshalb im Jahre 2009 keine Mittel
- Lokales Kapital für soziale Zwecke jährlich 150 T€ für 3 Jahre
- Zuschüsse an Gemeinden: Unser Dorf soll schöner werden
- Förderung landwirtschaftlicher Infrastruktur für Kleinprojekte
- Personalausgaben sind auf 128.500 € gesunken, da nur noch 3 Mitarbeiter in der Wirtschaftsförderung tätig sind
- Werbemaßnahmen/Messen von 40.600 € auf 30.000 € zurückgegangen aufgrund der Haushaltskonsolidierung
- Zuschuss Flugplatz Borstel
- Kofinanzierung BIC
- Zuschuss GfAuS Stendal von 100 T€ auf 50 T€ reduziert
- Die Leader Förderung ist ausgelaufen. Es gibt nur noch das Leadermanagement im Amt 63

In der Diskussion bemerkt Herr Stapel, dass es kontraproduktiv ist, bei der GfAuS zu kürzen. Er ist der Meinung, dass mit höheren Zuschüssen mehrere Mitarbeiter eingestellt werden können.

Herr Wulfänger: Wenn beim Jahresabschluss Geld übrig ist, bleibt es in der Gesellschaft. Rücklagen wurden gebildet. Da die Rücklagen vorhanden sind, werden nur 50 T€ bereitgestellt.

Mit der Erhöhung der Arbeitsplätze in der Gesellschaft sind nach oben Grenzen gesetzt. 642 Leute sind dort beschäftigt.

Mit der Aufstockung der Mittel auf 100 T€ würde es nicht bedeuten, dass mehr Leute beschäftigt werden.

Herr Twartz: Man kann nicht mit einem gleichbleibendem Stamm rechnen. Hier kann man schlecht planen. Sind die Einnahmen geringer, steigen die Zuschüsse.

Herr Tanne hat Klärungsbedarf beim BIC-Zuschuss.

Herr Wulfänger entgegnet, dass im BIC nicht kostendeckend gearbeitet wird. Dort ist eine Auslastung von 80 %. Es gibt Mietausfälle. Einnahmen werden über Projekte eingeworben. Von der Stadt Stendal kommt ebenfalls ein Zuschuss.

Der Teil Wirtschaftsförderung des Haushaltsplanentwurfs 2009 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu TOP 9 Anfragen und Hinweise

Es gibt keine Anfragen und Hinweise.

Termine für die Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus siehe Anlage 3